

Die Gunst der Stunde nutzen

Chancen für eine Annäherung zwischen Belarus und der EU

von Maria Davydchyk und Marie-Lena May

Belarus befindet sich aus zwei Gründen im Wandel: der Staat steht wegen der Wirtschaftskrise vor großen Problemen, und die Beziehungen zu Russland, dem Stabilisator des Regimes von Staatspräsident Alexander Lukaschenko, haben sich abgekühlt. Deshalb ist Belarus gezwungen, zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche zu öffnen. Vor der belarussischen Präsidentschaftswahl 2011 bietet sich damit für die Europäische Union (EU) die Möglichkeit, Strukturveränderungen und eine Annäherung zwischen Belarus und der EU zu unterstützen. Dabei sollte die EU – neben Wirtschaftskooperationen – drei Ansätze in ihrer Politik verfolgen: dezentral agieren, direkten gegenseitigen Austausch forcieren und Belarus in multilaterale EU-Projekte integrieren, statt das Land weiter zu isolieren.

Nach Jahren europäischer Isolationspolitik gegenüber Belarus sollte die EU die neu entstandene Öffnung im EU-Nachbarstaat nutzen und ihre Politik ändern. Denn Belarus, das Alexander Lukaschenko seit 1994 autoritär führt, ist durch Verstimmungen mit Russland und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu Systemveränderungen gezwungen.

Dissens zwischen Moskau und Minsk

Bisher garantierten kostengünstige Energieträger und Kredite sowie politische Unterstützung von Russland Stabilität, Wirtschaftswachstum und damit soziale Ruhe in Belarus. Die engen Beziehungen zwischen Moskau und Minsk werden seit 2006 jedoch schwächer. Die Ökonomisierung der Außenpolitik Russlands führte dazu, dass Belarus – wie auch die meisten anderen GUS-Staaten – einen höheren Öl- und Gaspreis an Russland zahlen muss. In der globalen Wirtschaftskrise gewährte Russland dem Nachbarstaat einen kleineren Kredit (1,5 Milliarden Dollar) als der Internationale Währungsfonds (3,6 Milliarden Dollar). Auf die veränderte Politik Moskaus antwortet Minsk mit einem eigenständigen Kurs. Beispielsweise sperrte sich Bela-

rus einer Anerkennung Südossetiens und Abchasiens und verzögerte Anfang 2009 seine Unterschrift unter den Vertrag über eine Einsatzreaktionstruppe im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitsorganisation.

Sprachen die Staatsoberhäupter in den Neunzigern noch von einer gemeinsamen Union, ist Lukaschenko inzwischen von dieser Option abgekommen. Denn er hat erkannt, dass seine Macht mit der Souveränität von Belarus und damit einer belarussischen Identitätsbildung steht und fällt. In einer gemeinsamen Union mit Russland würde seine Bedeutung abnehmen. Ein wichtiges Instrument für Minsk im Machtspiel mit Russland sind die belarussischen Pipelines, die russisches Öl und Gas in die EU transportieren. Russland spekuliert auf eine Privatisierung der Leitungen, um diese aufzukaufen und damit die Lieferungen kontrollieren zu können. So übernahm das russische Energieunternehmen Gazprom seit 2007 bereits 37,5% des belarussischen staatlichen Pipelinebetreibers Beltransgaz, für Februar 2010 ist laut der staatlichen belarussischen Nachrichtenagentur Belta der Kauf von weiteren 12,5% geplant. Dabei kann Russland indirekt auch auf Unterstützung durch den IWF hoffen, denn

dieser fordert für die Kreditvergabe Liberalisierung und Privatisierung in Belarus.

Belarus in der Wirtschaftskrise

Ohne die wirtschaftspolitische Unterstützung Russlands kann Belarus die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise schwer abfedern. Das veraltete Wirtschaftssystem stellt nur wenige konkurrenzfähige, innovative Produkte her, und das durch den subventionierten russischen Ölpreis ermöglichte belarussische »Wirtschaftswunder« der letzten Jahre mit Wachstumsraten von bis zu 11,5% (2004, Quelle: IWF) wendet sich ins Negative (2009: -1,2%, IWF). Die Inflationsrate für 2009 liegt laut offiziellen Angaben bei 10,1% (IWF: 12,9%). Am 1. Januar 2009 wurde der belarussische Rubel um 20% gegenüber dem Dollar abgewertet, ohne dass die Bevölkerung darauf vorbereitet war. Die ersten Einschnitte in das Sozialsystem, das bis dato das sichere Auffangbecken bildete, werden spürbar. Das Fundament für die Stabilität des Regimes bröckelt.

Politisches Tauwetter oder Scheinreformen?

Die Abkühlung der belarussisch-russischen Beziehungen und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise führten zu einer Aufweichung der harten Haltung gegenüber der EU und zu symbolischen Zugeständnissen an sie. Lukaschenko entließ einige politische Gefangene und erfüllte damit eine von zwölf Forderungen aus dem Non-Paper der Europäischen Kommission »What the EU could bring to Belarus« von November 2006. Zusätzlich stimmte er der Eröffnung des Delegationsbüros der Europäischen Kommission in Minsk im März 2008 zu. Außerdem nahm Belarus die Einladung zur Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft der EU an. Deren Civil Society Forum, das explizit die Wichtigkeit von Demokratisierung und Zivilgesellschaft betont, wird zwar nicht öffentlich unterstützt, aber geduldet. Artikel 193-1, der eine strafrechtliche Verantwortung von Tätigkeiten nicht registrierter Organisationen vorsieht und im Wahlkampf 2006 ein effektives Mittel gegen die Opposition war, führte 2009 zwar zu Warnungen, jedoch zu keinen

Verhaftungen. Medien können über EU-Themen berichten und unabhängige Zeitungen wie Nascha Niwa kehrten in das staatliche Vertriebssystem zurück.

Auch wenn es in den letzten Jahren Lockerungen gab, darf das nicht täuschen. So ist der Fernsehsektor weiterhin staatlich dominiert, Nichtregierungsorganisationen unterliegen der staatlichen Willkür, und momentan wird innerhalb der Regierung über eine Internetzensur diskutiert. Da das Internet die wichtigste Organisationsplattform für die Opposition ist, würde eine Zensur den Präsidentschaftswahlkampf 2010–2011 stark beeinflussen. Eines ist klar: Der belarussische Präsident wird nie zu einem Demokraten werden. Reformen führt er nur als letzten Ausweg durch und er gibt offen zu, dass er nur aus wirtschaftlichen Gründen an der Östlichen Partnerschaft teilnimmt.

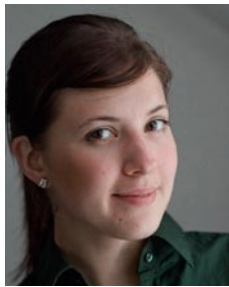
Chance für die EU

Trotzdem sollte die EU die entstehenden Freiräume nutzen und Veränderungen unterstützen. Denn eine günstigere Situation, auf Belarus einzuwirken und eine ausgewogene belarussische Außenpolitik gegenüber Russland und der EU zu fördern, hatte die EU noch nie. Wie lange das »Window of Opportunity« offen bleibt, ist ungewiss. Denn Minsk sucht sich bereits andere Partner in der Welt. So hat China angekündigt, das Land mit einem Kredit von 5,7 Milliarden Dollar zu unterstützen. Auch würden ein Politikwechsel Moskaus gegenüber Minsk und eine damit einhergehende Integration von Belarus in den eurasischen Raum den Spielraum der EU schmälern. Beispielsweise befindet sich Belarus seit 1. Januar 2010 in einer Zollunion mit Kasachstan und Russland. Umfragen des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts NISEPI in Vilnius zeigen jedoch, dass im Moment eine Mehrheit der Belarussen für eine Union mit der EU und gegen eine mit Russland stimmen würde.

Die EU sollte ihr wirtschaftliches Engagement unbedingt mit dem Einfordern freiheitlich-demokratischer Grundwerte verknüpfen und dadurch die Zivilgesellschaft stärken. Denn der Pluspunkt der EU liegt in ihrem offenen Gesellschaftsmodell. Eine erfolgreiche

EU-Politik gegenüber Belarus sollte sich deswegen auf drei Ansätze berufen:

- Dezentral agieren: Die Zusammenarbeit mit unabhängigen Nichtregierungsorganisationen in den Regionen und mit Beamten auf verschiedenen Ebenen kann dazu führen, die Machtkonzentration aufzulösen. So sollte die EU versuchen, lokale Initiativen zu stärken.
- Direkten gegenseitigen Austausch forcieren: Grenzüberschreitende Begegnungen können das manipulierte Bild der Medien ausgleichen. Der persönliche



Maria Davydchyk
(PH Ludwigsburg)
<davydchymaryi@ph-ludwigsburg.de>

Kontakt baut Vorurteile ab und ermöglicht gegenseitiges Verständnis. Dafür sollten Projekte wie das Civil Society Forum der Östlichen Partnerschaft unterstützt, Austauschprogramme im Bildungs- und Kulturbereich in beide Richtungen organisiert und Visaserleichterungen eingeführt werden.

- Belarus in multilaterale EU-Projekte integrieren, statt das Land weiter isolieren: Die letzten Jahre haben gezeigt, dass durch Isolation des Regimes nichts erreicht werden kann. Durch Integration hingegen kann die EU mit Belarus in den Dialog treten und so Veränderungen bewirken.



Marie-Lena May
<m.may@dgap.org>